



Tagesordnung 1 Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 02. Dezember 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0143

Gegen Genitalverstümmelung

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom
26.11.2008**

Weibliche Genitalverstümmelung ist eine gravierende Menschenrechtsverletzung und eine systematische Form der Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Obwohl in Deutschland strafbar, werden auch in Deutschland Mädchen und Frauen verstümmelt. Die geschätzte Zahl dieser Körperverletzungen lag 2006 bei 30.000 Fällen.

Das Entfernen oder die Beschneidung der Klitoris - in den Heimatländern oft mit Rasierklingen oder Glasscherben - wird besonders in afrikanischen Ländern, aber auch in manchen asiatischen Staaten praktiziert. Meistens sind Mädchen im Alter von vier bis zwölf Jahren betroffen, manchmal auch Babys. Die gesundheitlichen und psychischen Folgen einer Beschneidung sind dramatisch: ständige Entzündungen im Genitalbereich, Inkontinenz, starke Schmerzen beim Geschlechtsverkehr, Nierenbeckenentzündungen. Durch anschließendes Vernähen kann bei der Menstruation das Blut nicht abfließen und bei einer Geburt ist das Leben von Mutter und Kind in Gefahr.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob Fälle von weiblicher Genitalverstümmelung in Wiesbaden bekannt sind?
- Welche Möglichkeiten er sieht, Mitarbeiter von Jugendamt, Integrationsamt sowie der Sozialverwaltung zu sensibilisieren und betroffenen bzw. gefährdeten Frauen und Mädchen Information und Hilfe zu vermitteln.

Beschluss Nr. 0040

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2008

Röck-Knüttel
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2008

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2008

Dezernat I/F i.V.m Dezernat VI , Dezernat VII
und Dezernat VIII
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat VI
Dezernat VII
Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister